

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“
Sonntagsheft

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-
erhalten der Zeitung infolge Mangel an Holz oder Verweigerung des Bestellers besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückseite 15 Goldpfennige. Abdruck innerhalb 3 Tagen. — Für telegraphisch erteilte Aufträge Anrechnung mit dem Besten.

Nr. 15

Ulmenfeld, Freitag den 18. Januar.

Jahrgang 1924

Reichsgründungstag.

Am 18. Januar 1924.

Am 18. Januar feiert das politische Deutschland den Gedenktag an die Reichsgründung, die am 18. Januar 1871 im Schlosse zu Versailles vor sich ging. Im selben Versailles, an dem 48 Jahre später jener Schmachtfrieden diktiert wurde, der uns heute den Lebensodem raubt.

In Deutschland hat man es noch nie verstanden, nationale Gedenktage zu Festtagen des ganzen Volkes und zu Höhepunkten auszugestalten. Vor dem Kriege nicht, und heutzutage unter der Not und den Bedrücknissen der Zeit erst recht nicht. Und doch gehört der 18. Januar in erster Linie in die Reihe jener Tage, an denen das deutsche Volk sich eins fühlen soll, an denen es dankbar jener Reichsgründung gedenken mußte, die alle die Stürme der vergangenen Jahre überstanden hat: Krieg, Revolution und Versailles-Friedensdiktat.

Und noch mehr: Die französische Politik all dieser Jahre war darauf bedacht, das Deutsche Reich in Trümmern zu schlagen, jene nach Bismarcks Wort durch Blut und Eisen geschaffene Einheit der deutschen Länder zu sprengen. Berg dem! Der deutsche Wille zur Einheit, der Wille zum Reich, das Bekenntnis zur Reichsgründung vom 18. Januar war stärker als alle französischen Waffen und Anschläge. Der Glaube ans Reich siegte über die finsternen Mächte. Gerade das Jahr 1923 mit dem Ruhestreik der Franzosen und die letzten Wochen mit dem Sonderbündlerischen Hochverrat in der Pfalz haben bei den bedrückten deutschen Völkern an Klein und Ruhr den Glauben an die Hoffnung auf eine bessere Zukunft im einigen Deutschen Reich neu befestigt. Und so kann man mit Recht sagen: Das Deutsche Reich hat noch nie so Wurzeln in der Seele des Volkes geschlagen als in unserer ersten Gegend.

Freilich melden sich nicht nur von außen, sondern auch von innen Anzeichen, politische Bewegungen mancherlei Art, die dem Reich ans Leben wollen, die aus falsch verstandenen politischen Idealen oder aus Selbstsucht dem Reich den Lebensfaden kürzen wollen. Gründe, verschiedensten Triebkräften entspringend, treiben zu Konflikten zwischen Reich und Ländern, zwischen Reichsregierung und politischen Parteien. Und es darf auch gesagt werden, daß all die Jahre hindurch beim Reich nicht alles in Ordnung war, daß die Erschütterungen der Krieges- und Revolutionszeit noch nicht überwunden sind, daß das parlamentarische System in Deutschland als der Träger der Regierungsgewalt noch zu jung und unerfahren ist, um reibungslos zu arbeiten. Auch die durch die Weimarer Verfassung geschaffene Kräfteverteilung des Reiches hat sich noch nicht bewähren können, denn all die Jahre stand Deutschland unter außenpolitischer Bedrängnis schwerster Art.

Am heutigen Jahrestag der Reichsgründung dürfen wir stolz sein, daß uns trotz so schwerer Gefahren das Reich erhalten blieb, stolz darauf, daß der Reichsgedanke unverändert blieb in den Stürmen der Zeit. Daraus erwächst die Aufgabe und Pflicht, der deutschen Jugend und den politischen Parteien die Pflege des Reiches ans Herz zu legen, das Vermächtnis der Reichsgründung heilig zu halten und mit allen deutschen Kräften zu wachen. Dazu dient nicht die parteipolitische Einstellung unserer Jugend, vielmehr die Erziehung zum Staatsbürger, zum politisch reifen und urteilenden Menschen, die Erziehung zum geschichtlichen und wirtschaftlichen Denken, die Abkehrung aller Klassen- und Interessenkämpfe im Innern, das Hineinschauen in das Nationale. Oimalts ist unserem Volke schon der Vorwurf gemacht worden, daß es zerrissen und uneinig sei. Schon Tacitus zu Römerzeiten hat sich derart ausgesprochen. Und es erscheint beim Blick auf zwei Jahrtausende deutscher Geschichte tatsächlich so, daß dem deutschen Volk das nationale Blut fehlt, daß es die Reichsgedanklichkeit seiner landsmannschaftlichen Stammesart nicht durchglüht fühlt vom Gedanken und Willen der deutschen Nation, daß es nichts von der heißen Wut romantischer Völker in sich trägt, nichts von dem lähligen nationalen Geschäftssinn der Engländer, denen das Vaterland über der Partei, über dem Volkstamm und über der Eigenbrötlei steht. Soll das anders werden bei uns, so muß von oben herab mehr gesehen für das nationale Gefühl, für den nationalen Willen des Volkes. Nicht durch Erziehung im Sinne bloßer Bürger- und Staatskunde als Unterrichtsgegenstand in Schulen, sondern durch beweihernde Taten und Poe-

sien. Nicht zuletzt auch durch Schaffung eines nationalen Festes. Dann wird das Reich uns erhalten bleiben und die Reichsfreudigkeit nie verlöschen.

Englische Unterfuchung in Speyer.

Speyer, 17. Jan. Mittwoch vormittag versammelten sich die Vertreter aller wirtschaftlichen, politischen und religiösen Verbände der Pfalz und einige Vertreter des Reichsrates bei dem englischen Generalkonsul Clive. Zunächst trat Domprobst Brechm die Beschwerden der katholischen Kirche wegen der separatistischen Bedrückungen vor. Der protestantische Kirchenpräsident berichtete von dem Sinken der Autorität und Moral, da durch die Separatisten der Bevölkerung durch die Aufforderung zu Einbruch und Steuerverweigerung ein schlechtes Beispiel gegeben worden sei. Die Vertreter des Reichsrates betonten, daß, nachdem der Reichsrat seit dem 8. November durch die Separatisten aufgelöst worden sei, die soziale Fürsorge in der Pfalz völlig gestört sei und daß die drei Heilanstalten der Pfalz demnächst ihre 1800 Geisteskranken den Landgemeinden zurückschicken müßten. Ein Vertreter der Arbeiter legte die Schäden dar, die der Industrie und dem Handel durch die Vernahme von Requisitionen und die Wegnahme von Last- und Personentransportmitteln zugefügt worden seien. Weiter brachten die Vertreter der Freien und Christlichen Gewerkschaften die grundsätzliche Ablehnung der Sonderbündlerischen Regierung durch die Arbeiter zum Ausdruck. Der Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes appellierte an die Humanität Englands, das für das Ende der Heimtückungen und die Rückkehr der Vertriebenen wirken solle. Die Aussprache ergab einwandfrei, daß die gesamte pfälzische Bevölkerung dem Separatismus schroff ablehnend gegenübersteht und daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur dadurch erzeugt werden konnte, daß die französischen Besatzungsbehörden die Bewegung in jeder Weise unterstützten. Einen großen Raum in der Besprechung nahm die Frage der von den verschiedenen Landbürgermeistern unter Androhung von Gewalt erteilten Sozialitätserklärungen für die Separatistenregierung ein. Sehr interessant war auch die Schilderung der Währungspläne auf dem Hauptpostamt bei der Ankunft der Separatisten in Speyer. Die Separatisten verjagten die Postbeamten und plünderten dann sämtliche Pakete, während die französischen Posten vor dem Hauptgebäude Made standen und dadurch die Währungspläne schützten.

Englische Unterhaus-Debatte.

London, 17. Jan. Die Debatte über die Thronrede des Königs wurde im Unterhaus fortgesetzt. Der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Mac Neill verteidigte die Außenpolitik der Regierung Baldwin. Mac Neill wies darauf hin, daß Lord Grey, der frühere liberale Außenminister, nicht den geringsten Tadel an der Außenpolitik der Regierung geübt habe. Diese Außenpolitik der Regierung sei durch den Buchstaben und den Geist des Vertrages von Versailles diktiert worden, nach dem allein sie zu handeln gehabt habe. Die Regierung habe ihr Bestes versucht, diesen Vertrag und die Entente und Freundschaft mit Frankreich ausrecht zu erhalten, diesem aber auch zu gleicher Zeit klar zu machen, daß sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könne, es in seinen Methoden zu unterstützen und daß sie den Protest Bonar Lawes gegen die Ruhrpolitik Frankreichs wiederholen müsse, an der sie keinerlei Anteil oder Gewinn zu erlangen und deren Folgen sie weit von sich abzuweisen entschlossen sei. Mit Bezug auf die separatistischen Treiberereien in dem besetzten deutschen Gebiet erklärte Mac Neill, die Regierung habe die Stellung dazu genommen, daß sie keinerlei Separatismus billigen könne, der zur Erklärung der Unabhängigkeit irgend eines Gebietsteils im Verband des Deutschen Reichs führe. Wenn es sich aber nicht um eine Kostrennung vom Reich, sondern um die Selbstverwaltung im Rahmen des Reiches handle, so sei das eine Angelegenheit, in die sich die englische Regierung nicht einmischen werde, vorbehaltlich der Voraussetzung, daß eine derartige Regelung dem Willen der Volksmehrheit entspricht. Dann dem Einfluß, den England nicht zuletzt mit Unterstützung seines belgischen Verbündeten im Rheinland ausüben können, habe in den meisten Teilen des Rheinlandes die separatistische Bewegung bereits ihr natürliches Ende gefunden. In der Pfalz jedoch habe die separatistische Bewegung ein größeres Ausmaß angenommen, und hier sei die englische Regierung zu der

Ueberzeugung gekommen, daß die separatistische Bewegung, wie sie auch zu Anfang ausgesehen haben möge, heute nicht mehr dem Wunsch der Bevölkerung entspricht. Die englische Regierung habe ihren Vertreter in die Pfalz entsandt, um eine Unterfuchung der Vorgänge anzustellen. Aber bis jetzt habe sie noch keinen Bericht von ihm erhalten. Er hoffe, daß die Regierung bald in den Besitz von Informationen gelangen werde.

Neues vom Tage.

Dr. Schacht reisefertig.

Berlin, 17. Jan. Die Nachricht, daß sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht schon gestern einer Einladung der Reparationskommission folgend, nach Paris begeben habe, trifft, wie der „Lokalanzeiger“ hört, nicht zu. Die Einladung der Reparationskommission ist allerdings gestern im Laufe des Vormittags in Berlin eingetroffen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich auch bereit erklärt, ihr Folge zu leisten, doch kann der Zeitpunkt seiner Abreise noch nicht mit Sicherheit angegeben werden. Wahrscheinlich wird sie nicht vor Freitag erfolgen.

Förderung der Forst- und Landwirtschaft.

Berlin, 17. Jan. Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit laufenden Angelegenheiten befaßt. Unter anderem wurde der Entwurf einer Verordnung zur Förderung der Forst- und Landwirtschaft angenommen.

Jaspar über die Ruhrfrage.

Brüssel, 17. Jan. Im belgischen Senat hat Jaspar eine Rede gehalten, in der er auch das Ruhr- und Sicherheitsproblem streifte. Der belgische Außenminister versuchte von neuem, die Befehung des Ruhrgebietes zu rechtfertigen (1) und meinte insbesondere: Unsere Politik ist von dem deutschen Problem beherrscht, das in das Problem der Reparationen und das der Sicherheiten zerfällt. Wenn man behauptet, daß die am 11. Januar 1923 eingeleitete Politik zu einem Mißerfolg führte, so werde die öffentliche Meinung bewußt ihre gefährt. Diese Politik hat vielmehr Deutschland zum Nachgeben gezwungen. Es ist uns gelungen, die deutschen Industriellen zu veranlassen, einen Teil ihrer Guthaben auf die Reparationen zu verwenden. Im übrigen haben wir die Befehung gemildert. Wenn Deutschland sich einbildet, daß wir das besetzte Gebiet vor der völligen Befehung der Reparationen verlassen, so befindet es sich im Irrtum. Wir können behaupten, daß die Befehung des Ruhrgebietes einträglich zu werden beginnt. Besonders Aufsehen erregte Jaspar mit dem Schlußwort: Ich möchte nicht die Hoffnung verhehlen, daß Belgien mit England ein ähnliches Defensivbündnis abschließt, wie es mit Frankreich unterzeichnet wurde. Ich hoffe auch, daß zwischen Paris, London und Brüssel ein Vertrag zur Sicherung des Friedens zustandekommen wird.

Die Tagung des Sachverständigenausschusses.

Paris, 17. Jan. Der Sachverständigenausschuss zur Prüfung der deutschen Finanzlage ist am Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Generals Dawes zu einer Besprechung zusammengetreten. Neben ihren Anhalt wird vorläufig Stillschweigen bewahrt. Der Ausschuss hat dann nachmittags wieder getagt. Man glaubt zu wissen, daß in der Hauptsache über die Bildung der beiden Unterausschüsse verhandelt wurde, die sich getrennt voneinander mit dem deutschen Währungsproblem und der Ausgleichung des Budgets beschäftigen sollen. Die Unterausschüsse sind angesichts der Einstellung des französischen Delegierten nicht zustande gekommen. Noch gewissen Informationen zu schließen, hat General Dawes auf ihre Bildung verzichtet und beschloß, daß beide Probleme von den Sachverständigen seines Ausschusses besprochen werden. Kurz nach der Vernehmung des Dr. Schacht und nach dem Zusammentritt des zweiten Ausschusses zur Aufklärung der deutschen Auslandsguthaben dürften sich die Sachverständigen nach Berlin begeben.

Pläne gegen die deutsche Schifffahrt.

London, 17. Jan. Wie der Brüsseler Richterstatler der „Times“ meldet, ist bei den Antwerpen Schiffsreedern eine eigenartige Anfrage von der Union des Armateurs de France eingegangen, welche die schlechte Lage des Frachtenmarktes zum Gegenstand hat. Die französischen Schiffsreederei schreiben das hiesige Geschäft dem Umstand zu, daß die deutsche Handelsflotte in der Lage gewesen sei, sich auf Kosten der Entschädigungen, die den Verbündeten zugefanden hätten, zu neuer Blüte aufzuschwingen. Das Reich habe den deutschen Schiffbesitzern eine gewaltige Entschädigung gewährt und allen Schifffahrts-

gesellschaften von Hamburg und Bremen besondere Vorrechte zugesprochen. Die französischen Schiffreedereien haben nunmehr die belgischen Firmen ein, sich mit ihnen an ihre Regierungen zu wenden, damit diese einen politischen Druck auf Deutschland ausüben, um unter der Flagge sachlicher Entschädigungsleistungen in freie Anlegemöglichkeiten in den deutschen Häfen und Frachtraum zu festen Sätzen zu erhalten. Die belgischen Schiffbesitzer würden demnach zu einer Aussprache über den französischen Vorschlag zusammenkommen.

Verstärkung der amerikanischen Einwanderergesetzgebung.

Paris, 17. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington soll dem Kongress in dieser Woche ein neuer, sehr harter Gesetzentwurf über die Einwanderung zugehen, der die Zulassung von nur 2 Prozent der seit dem Jahre 1850 in den betreffenden Ländern lebenden Bevölkerung zur Einwanderung vorsieht. Demnach würden im laufenden Jahre nur 170 000 Einwanderer der verschiedenen Nationalitäten nach den Vereinigten Staaten zugelassen werden. Die Zahl belief sich im vergangenen Jahre auf 380 000. Besonders starke Herabsetzungen sollen die Quoten für Juden und Italiener erfahren.

Keine amerikanische Lebensmittelanleihe.

New York, 17. Jan. Dogberry benachrichtigte den Präsidenten Coolidge und den Staatssekretär Mellon, daß eine Anleihe von 70 Millionen Dollars an Deutschland zum Ankauf von Lebensmitteln nicht gegeben werden könne. Die New Yorker Bankiers müßten den Plan fallen lassen, da Frankreich und Belgien sich weigerten, eine derartige Anleihe als erste Hypothek vor den Entschädigungen anzuerkennen.

Gegen Militärkontrollen.

Berlin, 17. Jan. Die Parteileitung der Deutschen Nationalen Volkspartei kommt mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit, die sich gegen die Zulassung der Militärkontrollen durch die Reichsregierung wendet. Die Vorfälle in Stuttgart müßten als erstes Sturmzeichen gedeutet werden, daß das deutsche Volk nicht gewillt ist, sich die Schmach dieser Kontrolle länger bieten zu lassen, die auch mit der Ehre der Reichsregierung nicht vereinbar wäre.

Aus dem bayerischen Verfassungsausschuß.

München, 17. Jan. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags beantwortete Minister des Innern Dr. Schwyer die Angriffe des pfälzischen Abgeordneten Dr. Roth, dem es nicht nur um die Freilassung der Schutzhaftgefangenen, sondern darum zu tun sei, den Ausnahmezustand zu beenden und den Generalstaatskommissar zu stürzen. Roth habe nicht den geringsten Anhaltspunkt beibringen können, daß Rahe einen Einfluß auf die Führung politischer Prozesse ausüben wolle. Was die Eingriffe in das Privatvermögen anlangt, so sei durch den Ausnahmezustand zeitweilig das Grundrecht des Schutzes des persönlichen Eigentums außer Kraft gesetzt. Geldstrafen an General Ludendorff wurden weggenommen, weil die Vermutung bestand, daß der General nach wie vor die Zentrale der nationalsozialistischen Bewegung darstellt. Diese Maßnahme sei nach den bestehenden Vorschriften durchaus zulässig gewesen. Ein wirklicher Diebstahl und Raub aber sei die Beschlagnahme von tausenden von Millionen Mark durch die Nationalsozialisten am 9. November gewesen. Bis jetzt seien 7 Personen östlicher Richtung aus Bayern ausgewiesen worden, darunter auch Major Braune und Student Pfeiffer, die beide in politischer Mission nach München gekommen seien.

Revisionsverhandlung gegen das Düsseldorf Urteil.

Mainz, 17. Jan. Vor dem Revisionsgericht der Rheinarmee fand die Berufungsverhandlung gegen das

Urteil im Düsseldorf Schiffs-Prozess statt. Die Verteidiger bestritten in ihrer Revisionschrift wieder die Zuständigkeit des Gerichts, da es sich um Vorfälle in Düsseldorf, d. h. nicht auf feindlichem Gebiete, handele; ferner komme bei dem Vorgehen der Schutzpolizei gegen die Separatisten ein Angriff auf die französische Armee oder deren Mitglieder nicht in Frage. Es sei also nur ein Zwischenfall zwischen Deutschen. Die Sache gehöre daher überhaupt nur vor ein deutsches Gericht. Unter Hinweis auf verschiedene Formfehler wird die Aufhebung des Urteils verlangt.

Die Revision im Schiffsprozeß verworfen.

REB. Mainz, 17. Jan. Vor dem französischen Revisionsgericht in Mainz fand heute die Verhandlung über die von den Verteidigern der Schutzpolizei beantragte in Düsseldorf eingeleitete Revision unter dem Vorsitz des Brigadegenerals statt. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Beratung auf Verwerfung der Revision.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 18. Januar 1934.

— **Reichsindexziffer.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, 14. Januar, auf das 1.113,1-fache der Vorkriegszeit (Basiszahl 1,133,1 Millionen Jahre).

— **Ämtliche Großhandelsindexziffer.** Die auf den Stichtag des 15. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes beträgt 119,8 und zeigt somit gegenüber dem Stand vom 8. 1. (119,7) keine wesentliche Veränderung.

— **Frankenstadt, 17. Jan. (Vom Rathaus.)** In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde Stellung zur Aufhebung der mit der Kriegswirtschaft verbundenen Rente genommen und beschlossen, das Rathaus zunächst noch zu verlassen, an dessen Abbau aber heranzutreten, sobald es die Verhältnisse gestatten. Ein Personalabbau beim Rathaus soll dagegen in unmittelbarer Zukunft erfolgen. — Die Tätigkeit des Brennstoffamtes wird eingeschränkt, da Kohlen und Torf dem freien Handel überlassen und nur noch das Holz aus den städtischen Wäldungen zu verteilen ist. — Vom Wirtschaftsamte ist der Wirtschaftsführer Leinberger am 1. Januar ausgeschieden. — Das städt. Arbeitsamt soll in kürzester Zeit aufgelassen werden, da die Erziehung eines Berufsarbeitsamtes dies überflüssig macht. Das unproduktive Wohnungsamte soll aufgelöst und der betr. Beamte anderweitig verwendet werden. Der Bezug soll aber ebenso streng wie bisher überwacht werden. — Besondere weibliche Hilfskräfte auf den städt. Ämtern scheiden aus ihrem Dienste aus. — Auch das städt. Ofenfuhrwerk soll nach einstimmigem Beschluß abgekauft werden. Die Stadt habe kein Geld damit; es fehle den Zieren auch die nötige Pflege. — Die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten auf 54 Wochenstunden wird so durchgesetzt, daß ihre Arbeitszeit auf die Zeit von vormittags 8—1/2 Uhr und mittags von 2—7 Uhr festgesetzt wird; Samstag mittags von 2—4 Uhr. — Der Antrag der Stadtgemeinde auf Verstaatlichung der städt. Polizei ist vom Ministerium des Innern abschlägig beschieden worden.

— **Saugenentfaltungen i. Hohenz., 16. Jan.** Ein Branntplittler, der dem Neupflester Anton Schmid im Kreise in den Kopf drang, kam nach 5 1/2jähriger Wanderung im Saunen zum Vorchein und konnte ohne Operation entfernt werden.

Stuttgart, 17. Jan. (Vom Landtag) Der Verfassungsausschuß des Landtags hielt eine Sitzung ab, um zu den Beschlüssen der verhassten Abgeordneten Schneck und Stetter Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde ein Antrag Heymann: Die Haft der Abgg. Schneck und Stetter ist gemäß Art. 37 Abs. 3 der Reichsverfassung aufzuheben, angenommen.

Der Verfassungsausschuß für innere Verwaltung verteilte den Beschlüssen über die Änderung der Wahlkreiseinteilung, der sich auf die Aufhebung des Oberamts Cannstatt und die daraus sich ergebenden Konsequenzen erstreckt. Im Zusammenhang damit befragte der Verfassungsausschuß Hauser (Ztr.) eine Vergrößerung der Wahlkreise, jedoch statt der jetzigen 24 Wahlkreise im Höchstfalle 12 Wahlkreise bestehen sollten. Hand in Hand damit sollte geben eine Zusammenlegung von Oberämtern unter Berücksichtigung der Verkehrs- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge. Schließlich wurde ein Antrag des Berichterstatters auf Vorrückung eines Beschlusses, in welchem eine wesentliche Verringerung der Wahlkreise vorgenommen wird, einstimmig angenommen, nachdem Staatsrat Hegelmaier mitgeteilt hatte, daß die Frage der Neueinteilung von Oberämtern in Vorbereitung sei und daß die Aufhebung der Kreisregierungen als gesichert gelten könne.

— **V. V. vom Landwirtschaftl. Hauptverband.** Der Gesamtverband des Hauptverbandes hat folgende Beschlüsse gefaßt: Die diesjährige Ausstellung wird Ende September auf dem Gelände des Cannstatter Waldens als „Jugend- und Wirtschaftsausstellung“ bezeichnet werden und wird gemeinsam von der württ. Landwirtschaftskammer und dem Landw. Hauptverband veranstaltet. Mit allem Nachdruck muß die endliche Herabsetzung des Wehrbeitrageswertes der landwirtschaftlichen Betriebe bis zur Angleichung an die Veranlagung bei anderen Berufsberufen gefordert werden. Die Aufhebung der Ortssteuerämter bringt der württ. Landwirtschaft neue unerträgliche Lasten und ist in keiner Weise auch durch die Beamtenabbau-Versprechungen der Länder gerechtfertigt. Diese Maßnahme muß, weil für die Landwirtschaft auf die Dauer untragbar, sofort wieder rückgängig gemacht werden. Bezüglich der Erbschaftsteuer wird die Befreiung der Besteuerung des Kindesbesitzes gefordert. Insbesondere soll mit allen Mitteln den württ. Behörden eine rücksichtsvollere Handhabung der Steuergeetze dringend empfohlen werden. Die Ausnahmestimmungen im Viehverkehr in Württemberg, die trotz der gegenteiligen Stellungnahme des Reichsernährungsministeriums von der württ. Regierung erlassen wurden und die in letzter Zeit zu unerhörten Zuständen und Vorkommnissen auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt geführt haben, sind geeignet, unseren Viehstand in Kürze zu ruinieren. Der Hauptverband fordert mit aller Schärfe ein vollständiges Öffnen der Grenzen für den Viehverkehr, da der gegenwärtige Zustand, bei dem sämtliches Vieh erst den Umweg über Stuttgart machen muß und die Preise unter ungläubiger Preisur stehen, ein schreiendes Unrecht an den württembergischen Erzeugern bedeutet.

— **Abbau.** Infolge der Einschränkungen des Zugverkehrs und anderen Maßnahmen der Vereinfachung bei der Reichsbahn werden beim hiesigen Zugbegleitpersonal im Laufe der nächsten Zeit 260 Beamte überzählig, von denen 80 sofort auszuschicken haben.

— **Familien-drama.** — **Brand.** In der Herzogstraße brachte ein 21 Jahre alter Bankbeamter seiner Mutter, einer 63 Jahre alten Witwe, einen Schlag in den Kopf bei und tötete sich darauf selbst. Die schwerverletzte Frau starb nach ihrer Einlieferung in das Katharinenhospital. — In der Reinsburgstraße brach angeblich durch Unvorsichtigkeit ein großer Zimmerbrand aus, der fast die ganze Wohnungseinrichtung vernichtete.

Auf der Größe Sipfel vergiß nicht, was ein Freund wiegt in der Not. Schiller.

Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

20 (Nachdruck verboten.)
„Meine Tochter muß sich fügen, wie Sie sich fügen müssen! Nur unter dieser Bedingung können wir einig werden. Auf Geld bin ich nicht angewiesen — das brauche ich nicht. Aber meine Tochter soll ein Mitglied der stolzen Familie Laubenberg werden — das ist die Bedingung, die ich für uns fordere, und davon gehe ich nicht ab! — Sofortige Mitgift meiner Tochter werden diese quittierten Rechnungen sein, wofür ihr Ehardtstraße verschrieben wird.“

Kein Zweifel: Krause war verrückt! Sein Haß hatte ihm wohl den Verstand verwirrt, daß er eine solche Bedingung zu stellen wagte. Aber doch: war das nicht ein Hoffnungsstrahl? Gewann man nicht Zeit? Zeit gewonnen, alles gewonnen!

In seine Nachgedanken verbohrt, hatte Krause nur das Räuseligende gesehen, womit er die Schakten am tiefsten demütigen konnte, hatte nicht beachtet, daß er seinen Feinden durch diese noch nicht zu erfüllende Bedingung einen Weg zur Rettung ließ.

Dem die Annahme lag doch nahe, daß die Tochter sich weigern konnte; nach den Worten Krauses zu schließen, wußte sie gar nichts von diesem abenteuerlichen Plan des Vaters. Und welches Mädchen, das nur etwas Stolz und Selbstgefühl hatte, würde damit einverstanden sein, daß man ihre Person zu einem Handelsartikel entwürdigte! Gerade dieser Punkt konnte die ganzen Berechnungen des Bauern über den Haufen werfen.

Alle diese Gedanken durchschwärmten den Kopf des Grafen. „Nun, Sie sagen nichts, Graf Laubenberg? Ist Ihnen das Geschenk, das Ihnen mit meiner Tochter wird, nicht angemessen genug? Bin ich nicht nobel? Und meine Tochter selbst —“

„Wenn die schöne und liebenswürdige junge Dame, die mich empfangen hat, Ihre Tochter ist, kann ich Sie nur dazu beglückwünschen.“

„Also — meine Rosemarie ist die höchste Stellung und Achtung wert. Ich hoffe, daß Graf Hans Ehardt das stets bedenken wird.“

„Sie erlauben, Herr Krause, daß ich vor allem meinem Sohn Nachricht zukommen lasse und ihm mitteile, in welcher Weise Sie über ihn bestimmt haben.“

„Geben Sie mir Ihr Ehrenwort, Graf Laubenberg, daß Sie mit meinen Bedingungen einverstanden sind.“

„Mein Ehrenwort: ich bin es!“

Fröhlich war die Dämmerung hereingebrochen. Der Herbstwind brauste über die leeren Felder, und graue Wolken zogen eilig dahin. Es war kalt und unstreunlich geworden — wie Schnee lag es in der Luft.

Der alte Krause sah zurückgelehnt in einem Lehnstuhl an dem grünen Kachelofen, der behaglich Wärme spendete. Er hielt die Augen geschlossen.

Die Unterhaltung mit dem Grafen Laubenberg hatte ihn doch aufgeregt; sein Herz schlug schnell und unregelmäßig. Indessen: was war das körperliche Unbehagen gegen die Bemittlung, die ihn erfüllte — er hatte seinen alten Widersacher klein und gedemütigt vor sich gesehen, hatte ihn seinen Haß fühlen lassen können, hatte ihn unter seinen Willen gezwungen!

Nun war er ruhig und gesättigt. Frei und leicht war ihm geworden.

Leise wurde da die Tür geöffnet, und ein heller Lichtschein fiel ins Zimmer. Er kam von der Lampe, die Rosemarie in der Hand trug und auf den Tisch stellte.

Das junge Mädchen sah erst, denn sie traurig aus, während es einen schmerzlichen Blick nach dem Vater warf, der sich jetzt aufrichtete und einen tiefen Atemzug tat.

„Wie ist dir, Vater?“

„Mir, Rosemarie? — Wie lange nicht, so wohl. Gottlob, jetzt ist's herunter! Du hättest den alten Laubenberg nur sehen sollen.“

„Sie nichte bestimmen.“

„Ich habe ihn gesehen, als er kam, und ich habe ihn gesehen, als er ging. Er sah aus, als trüge er ein schwere Laß.“

„Meine Laß, Marielchen. Die hab' ich ihm jetzt aufgebürdet.“

„Hörte er einen Wortlaut in der Stimme der Tochter? Er richtete einen mißtrauischen Blick auf sie.“

„Du, Marie — wär's dir gar lieb gewesen, ich hätte die da broden gegessen und hätte meine Laß weiter selbst getragen?“ fragte er scharf.

„Mein Vater! Aber ich meine, gar zu hart hätte ich nicht sein brauchen. Wie ein alter Mann sah der Graf aus, als er in seinen Wagen stieg; er tat mir doch leid. Hätte ich dem Busse von den Weiseln allein sagen können. Wie schwer leiden doch Eltern unter den Verfehlungen der Kinder.“

„Na, ich habe ihm dafür ein Verhigungsstränkchen gegeben.“ Krause lachte ein wenig. „Ich bin zuletzt nobel gewesen — 's wird aus' gut für die da broden.“

„Wirklich, Vater? Das freut mich.“

„Ja, Rosemarielchen. — Komm einmal her, mein Kind, setz dich zu mir. — Also das Weis und Rosbarie, was ich habe, will ich denen geben.“ Er sah ihren verstandlosigen Blick. „Dich will ich ihnen geben — du bist mein Bestes — und du, mein Marielchen, sollst darum auch Gräfin Laubenberg werden.“

„Vater!“ Sie sprang auf und sah ihn verzerrt an.

„Vater, was hast du dir da ausgedacht?“

Er lachte vor sich hin.

„Selt, das freut und überrascht dich! Meine Rosemarie wird Gräfin Laubenberg. Keine paste so gut dazu wie die. Der Alte ist damit einverstanden. Und der Hans Ehardt Laubenberg, das ist ein Mann, von dem ich Achtung habe.“

Sie erstarrte; hatte er ihres Herzens heimliches Sehnen erraten?

„Aber was wird er sagen?“ flüsterte sie mit klaffenden Lippen.

Der alte Krause zuckte die Achseln.

„Was bleibt ihm übrig? Er wird sich fügen!“

„Und mich verachten, Vater — Nein!“ Jetzt kam ihr erst ganz und voll zum Bewußtsein, was der Vater von ihr verlangte; darauf konnte sie unmöglich eingehen, ihre Liebe, ihr Stolz empörten sich dagegen. Was würde er von ihr denken. „Ich tu's nicht, Vater, ich kann nicht!“ schrie sie da auf.

(Fortsetzung folgt.)

Stuttgart, 16. Jan. (Tagung sabbentlicher Gemeindebeamten.) Die im Reichsland der Kommunalbeamten und Angestellten Deutschlands zusammengeschlossenen Landesverbände der Gemeindebeamten von Baden, Bayern, Hessen und Württemberg trafen am 13. d. M. in Stuttgart eine Versammlung ihrer Funktionäre ab, die sich neben der Besprechung organisatorischer Verbandangelegenheiten hauptsächlich mit der Durchführung des Personalabbaus und mit der derzeitigen Beamtenbesetzung beschäftigte. Hinsichtlich des Personalabbaus zeigte sich, daß die daran geknüpften Erwartungen der Regierungen sich offenbar nicht realisieren werden, und daß der schematische Durchbruch des Abbaus in der augenblicklichen Geschäftslage der Kreise natürliche Grenzen gezogen sind und Hindernisse entgegenstehen. Besonders hervorgehoben werden muß, daß die preussische Abbauperiode der Wirksamkeit und ihren Bedürfnissen weit mehr näherzukommen bestrbt ist, als die für die Reichsbeamten gültige Verordnung, und daß diejenigen wenigen Landesregierungen, darunter auch Baden und Württemberg, die ihre Abbauperiode bereits erlassen haben, in ihrem Ueberseher dem Sparganken wenig gedenkt, dafür aber die Verlangung der Beamenschaft mehr als notwendig verfehlt haben.

Tübingen, 17. Jan. (In den Tod.) Die im besten Lebensalter lebende Frau eines Bahnarztes in Leonberg, die zu Wohnungswechseln in der Pflanzschloßstraße der Universität untergebracht war, hat bei einem Spaziergang, den sie mit ärztlicher Erlaubnis machen durfte, den Tod im Wald gefunden und gefunden.

Von der Äler, 17. Jan. (Ein kaltes Bad.) Bei Äler ist die Fähre „Merkel“, die zur Uebersahrt nach dem Bahnhof dient, gesunken. 115 Personen aus Äler und den benachbarten Orten waren für das kleine Schifflein zu viel und es sank in kurzer Zeit. Alle Passagiere sind in die eisigen Platanen, konnten sich jedoch alle retten.

Wehrstetten, 17. Jan. (Brand.) In dem Dekonomiegebäude der Christine Reutter war Feuer ausgebrochen, das in den Heu- und Futtervorräten reiche Nahrung fand und sich mit rasender Schnelligkeit ausdehnte. Das neuangebaute Wohnhaus konnte gerettet werden. Der Schaden an Futter- und Streuvorräten sowie an Baumstammfahnen ist groß.

Wöhringen (bei Jannendingen), 17. Jan. (Ein bestialischer Ehegatte.) Hier hat ein Mann seine Frau ein Jahr lang eingesperrt und hauptsächlich verhungern lassen. Die Frau war zum Skelett abgemagert und wog nur noch 60 Pfund. Der rohe Ehegatte ist wegen Mords in Untersuchungshaft genommen worden.

Wörthberg, 17. Jan. (Wilderer.) In den östlich Jünger-Mühlbergischen Wäldern gelang es, einen Wilderer beim Kontrollieren einer Schlinge, in der ein Reh hing, festzunehmen. Der Wilderer war ein 18jähriger Bursche namens Anton König von Wangen.

Vom Bodensee, 17. Jan. (Aufgespießt.) Der älteste Sohn des Notarschreibers Hagen in Retschwangen wurde von einem wütenden Farnen aufgespießt und zu Boden geschleudert. Durch Verletzung der Schlagader trat der Tod sofort ein.

Wannheim, 17. Jan. (Bräudenperre.) Die Sechsfachsperrung in Ludwigshafen beginnt jetzt erst um 11 Uhr abends und dauert bis 5 Uhr morgens. Die Straße wird nach wie vor um 9 Uhr geschlossen.

Waldzell, 17. Jan. (Eisbahn.) Der Gnadensee ist nahezu vollständig zugefroren. Unterhalb der Station begibt sich der Weg über die mehrere Kilometer lange mit wenigen Ausnahmestellen spiegelglatte Eisfläche bis zur Insel Reichenau durch Tännchen ausgekelt.

Waldorf (Bodensee), 17. Jan. (Die Verhaftungen.) Zu der Aufklärung der Sprengstoffdiebstähle aus dem Keller des sog. Alten Schlosses hier werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Der Haupttäter ist der in der Bodenseeregion bekannte Kommunistenführer Josef Marischal, gebürtig von Pörsheim, ohne festen Wohnsitz. Weiter wurden noch fünf Personen festgenommen, die ebenfalls Mitglieder der kommunistischen Partei sind und in Waldorf wohnen. Die Beteiligten leugneten zuerst die Tat, legten aber unter der Wucht des durch die Polizeidirektion Friedrichshafen, die die Untersuchung führte, gegen sie erbrachten Beweismaterials ein Geständnis ab. Fast zur gleichen Zeit wurden in Friedrichshafen umfangreiche Vorbereitungen zu einem gewalttätigen Umsturz aufgedeckt, die mit dem Waldorfer Sprengstoffdiebstahl im Zusammenhang stehen. In einer Reihe von Betrieben in Friedrichshafen wurden schon seit einiger Zeit aus gestohlenem Material Handgranaten hergestellt. Sieben Personen wurden in Waldorf festgenommen in Friedrichshafen verhaftet.

Das Fernsprechnetz der Welt. Eine Zusammenfassung des Reichspostministeriums über das Fernsprechen im Weltverkehr entnehmen wir: Die Zahl der Fernsprechstellen auf der ganzen Erde nach dem Stande vom Jahre 1920 beträgt 20,85 Millionen. Davon entfallen auf Europa 25,4 Prozent, im einzelnen auf Deutschland 8,7 Prozent, Großbritannien 4,7 Prozent, Frankreich 2,3 Prozent, Schweden 1,9 Prozent, Dänemark 1,2 Prozent, auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika entfallen 63,9 Prozent, auf die übrigen Länder von Nord- und Mittelamerika 4,5 Prozent, Südamerika 1,4 Prozent, Asien 2,4 Prozent, Ozeanien 1,8 Prozent, Afrika 0,5 Prozent. Hiernach besitzt nächst den Vereinigten Staaten das Deutsche Reich die meisten Fernsprecher von allen Ländern der Welt, in Europa steht es an erster Stelle.

Das Luftfahrzeug.

In einer Umfrage haben sich drei hervorragende militärische Sachverständige — der englische Admiral Burney, der ehemalige französische Generalstabsoberst Habry und der deutsche General von Deimling — über die Rolle des Luftfahrzeuges im nächsten von den drei Mächten für unermesslich angesehenen Kriege geäußert. Nebereinstimmend sind sie der Meinung, daß der Sieg in diesem Kriege hauptsächlich von der Fertigkeit wehrloser Nichtkombattanten weit hinter den kämpfenden Armeen abhängen und daß das Mittel hierzu das moderne Luftfahrzeug und die Chemie sein werden, die in ihrem Zusammenwirken die furchtbare Kriegswaffe der Zukunft darstellen. Der Tod in der Gestalt von Giftgasen und Bakterien wird sich aus Luftfahrzeugen über die Städte ergießen, Bomben und Sprengbomben werden durch Feuerbrände und Explosionen Städte, Fabriken, Bahnhöfe und Brücken zerstören.

In diesem Gegenstand führt Admiral Burney aus: Bei dem heutigen Stande der Kriegstechnik ist es unmöglich, die Grenzen eines Landes vor Luftangriffen zu schützen, wie es bisher Heere und Flotten taten. Das Luftfahrzeug ist das Mittel, den Verteidigungsring zu überwinden und das feindliche Hinterland mit den fürchterlichsten Verheerungen heimzusuchen. Das ganze bisherige System der Kriegsführung wird hierdurch völlig verändert. Was nützt das stärkste Heer und die größte Flotte, wenn die Fabriken, die beide mit Munition versorgen, die Kommunikationen, die Straßen, Eisenbahnen, Brücken, die den Heeren ihren Bedarf zuführen, die Fabriken und Bergwerke, die ihn erzeugen, ja selbst die Wälder und Felder, auf denen die Nahrung wächst, durch Luftangriffe zerstört, verbrannt, vom Erdboden vertilgt werden? Vor allem werden die großen Städte, in denen sich das wirtschaftliche Leben des Staates konzentriert, das Ziel der feindlichen Angriffe sein. Seine Mittel sind dreifacher Art, nämlich Sprengstoffe, Giftgase und Batterien.

Schon die heute existierenden Flugzeuge können unter der Voraussetzung, daß sie durch ein Mutterschiff oder durch ein Verlastschiff bis in 300 Kilometer Entfernung an ihr Angriffsobjekt herangebracht werden, zwei Bomben zu 1000 Kilogramm mitführen. Eine einzige solche Bombe würde genügen, nicht nur ein Gebäude wie etwa das Reichshof der Woolworth Building, das größte Wohngebäude der Welt, vollständig zu zerstören, sondern gleichzeitig auch jedes andere Gebäude im Umkreise von 200 Metern in den Grundfesten zu erschüttern. Ein paar Tausend solcher Bomben wären hinreichend, um eine Millionenstadt dem Erdboden gleichzumachen.

Noch gefährlicher als der Angriff mit Sprengbomben wäre derjenige mit Giftgasen. Man hat heute bereits Gase, die tausendmal wirksamer sind als die im Weltkrieg verwendeten, und von Flugzeugen abgeworfene Gasbehälter oder Gasbomben würden an einem windstillen Tage mehr Menschen töten als Sprengbomben im gleichen Gewicht. Es gibt ein Gas, das so stark ist, daß die es einatmende Person augenblicklich getötet würde; als man es an einer Raie erprobte, fiel das Tier ohne Bewegung auf der Stelle um. Die früher benötigten Gase riesen zuerst Unwohlsein hervor und wirkten erst nach längerer Einwirkung tödlich; die Bedrohten hatten also noch Zeit, Gasmasken aufzusetzen. Aber gegen die modernen Giftgase helfen keine Gasmasken. Und auch das Geräusch der herannahenden Flugzeuge wird in Zukunft keine Warnung mehr bilden, denn der Motor kann vollkommen geräuschlos gemacht werden, und ebenso ist es bereits gelungen, das Propellergeräusch zu 60 Prozent abzudämpfen. Binnen 10 Jahren werden die Flugzeuge vollkommen geräuschlos sein, und unhörbar, unsichtbar und auch dem Geruch nicht wahrnehmbar wird das Verderben in Gestalt der Giftgase über Wehrlose hereinbrechen. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß bei Windstille das Gas tagelang über einer angegriffenen Stadt hängen bleibt. Da es um ein Geringes schwerer als die Luft ist, würde es sich in die tiefer gelegenen Räume, in die Keller und bombensicheren Geschosse ziehen und dort alles Lebende vernichten. Außer den Giftgasen aber würden auch Behälter und Gefäße mit den tödlichsten Batterien in die Wasserreservoirs eines Landes abgeworfen, die die Wasserversorgung aller großen Städte vergiften.

Der französische Kritiker Habry, früherer Generalstabsoberst Joffres und derzeit Deputierter, sagt so ziemlich dasselbe wie Admiral Burney. Da es gegen den feindlichen Luftangriff keine wirksame Abwehr gebe, müsse jedes Land darauf bedacht sein, selbst der Angreifer zu sein, um dem Feinde zuvorzukommen, und von dieser Erwägung sei die französische Politik geleitet.

Das hebt auch der deutsche Sachverständige General von Deimling hervor, der auf die 140 Flugzeuggeschwader Frankreichs, gegenüber den 38 Englands und den 53 Amerikas hinweist und überzeugt ist, daß die auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz übernommene Verpflichtung gewisser Staaten, den Gasgebrauch im Kriege zu beschränken, sich im Ernstfalle als ein Zeichen erweisen würde.

England, Frankreich und Amerika stellen von Jahr zu Jahr größere Summen für die Militärluftfahrt in ihre Budgets ein. England beispielsweise für das Jahr 1923 zwölf Millionen Pfund, Frankreich 500 Millionen Franken, Amerika 30 Millionen Dollar. Diese Verstärkung der Luftmacht wird außer durch Vermehrung der Kampfeinheiten auch durch Erhöhung der Geschwindigkeit und durch den Bau größerer Typen angestrebt. Die Vereinigten Staaten haben das größte Verlastschiff, die „Ebenandah“, und auch den größten Bombenflieger, den „Boring“-Bomber. In Frankreich und England besetzt man sich auch mit der Frage der Truppenbeförderung mittels Flugzeuges und Verlastschiffen, um Truppen rasch nach bedrohten Punkten werfen zu können. In beiden Ländern sollen Flugzeuge im Bau begriffen sein, die eine halbe Tonne (100—125 Mann) an Bord nehmen können. Bemerkenswert sind auch die Versuche zur Unsichtbarmachung von Flugzeugen und Verlastschiffen mittels künstlich erzeugter Rauchschleier, die sich wie eine Wolke unterhalb des Flugzeuges ausbreiten und es der Sicht entziehen. Auch die Möglichkeit der Fernleitung von Flugzeugen auf drahtlosem Wege läßt sich

militärisch ausnützen und bildet den Gegenstand eingehender Versuche, die darauf abzielen, unbemannte, bombenbewehrte Flugzeuge über feindliches Gebiet zu dirigieren.

Für das Zivilflugwesen hat man heute auf der ganzen Welt nicht viel übrig, weil es sich nicht „rentiert“. Die meisten existierenden Luftverkehrslinien fristen, wenn sie sich nicht auf irgendwelche strategische und militärische Notwendigkeit berufen können, ein kümmerliches Dasein. Dagegen wird, wie man sieht, in allen Staaten fleißig am Ausbau des Militärluftwesens gearbeitet und kein Geld gespart, denn die aufgewendeten Mittel sollen sich ja eines Tages in Gestalt der Ueberlegenheit im Luftkrieg militärisch rentieren. Das würde dann der Vernichtungskrieg sein, dem gegenüber alle Schrecken des Weltkrieges verblasen müßten und der endgültig auch jene Reste von Kultur und Zivilisation auslöschen würde, die der Weltkrieg noch übrig gelassen hat. Angenehme Ausflüchte!

Mutmaßliches Wetter.

Der Niederdruck von Westen hat noch überhand genommen und wird bei vorwiegend trübem Himmel und schwachen östlichen Luftströmungen am Samstag weniger kaltes, aber in der Hauptsache noch trockenes Wetter im Gefolge haben.

Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Devisenkurse v. Donnerstag, 17. Jan. (Die Notierungen sind in Milliarden M. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 B.
1 Goldmark: Briesdorf Berlin 1002,5.
Wittelskurs 1000,0.

Günstige Entwicklung der Reichsfinanzen. Der Ausweis über die Finanzabrechnung des Reiches in der ersten Januardefizite zeigt ein erheblich günstigeres Bild als in den vorhergehenden Defiziten. Zum ersten Mal ist es der Reichsfinanzverwaltung möglich gewesen, ihre Ausgaben mit ihren eigenen Einnahmen zu bestreiten, ohne auf Kredite zurückzugreifen. Im einzelnen zeigt der Ausweis für die Zeit vom 1. bis 10. Januar folgendes Bild: Einnahmen: Steuern, Zölle und Gebühren 96,4 Trillionen M., Einnahmen aus der Begebung von Rentenmarktschuldscheinen 1,5 Trillionen, verschiedene Verwaltungseinnahmen 1,98 Trillionen. Summe der Einnahmen 99,92 Trillionen M. Ausgaben: Ausgaben in ausländischer Währung für die Ausführung des Friedensvertrags 0,011 Trillionen, übrige Reichsverwaltung 63,91 Trillionen, Summe der Ausgaben 63,92 Trillionen M. Der Ueberschuss in der ersten Januardefizite beträgt somit 36 Trillionen Mark.

Vom Weinhandel. Am östlichen Kaiserstuhl hatten die Weinpreise zu Beginn des neuen Jahres einen Stand erreicht, der ungefähr dem der Vorkriegszeit gleich kam. Für 1922 betrug das Angebot pro Hektar (150 Liter) 40—45 M., für neuen 1922er 50 bis 55 M. Im allgemeinen sind die Umsätze im Weinhandel keine großen, zum Verkauf entschließt sich nur, wer unbedingt Bargeld gebraucht. Anfangs Dezember des vorigen Jahres wurde für neuen Wein pro Hektar 80—90 M. gefordert. Ob zu diesem Preis am östlichen Kaiserstuhl Verkäufe zustandekamen, wird von den Fachleuten im Weinhandel bezweifelt.

L.C. Stuttgarter Landesproduktionsbörsen, 17. Jan. Die Börse notierte per 100 Kilo in M.: Weizen 20—21, Gerste 17,5—18,5, Roggen 17,5—18, Haber 13—14, Weizenmehl 31,5—33,5, Brotmehl 29—30, Kleie 8 bis 8,6, Weizenheu 8—8,5, Kleeheu 9—10, Stroh 6—6,5.

L.C. Stuttgart, 17. Jan. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 52 Ochsen, 8 Bullen, 90 Jungbullen, 42 Jungrinder, 42 Kälber, 278 Kälber, 295 Schweine. Für 1 Zentner Lebendgewicht wurden in G.M. erlöst: Ochsen erste Qualität 30—32, zweite 20—28, Bullen erste 25—27, zweite 20 bis 23, Jungrinder erste 31—34, zweite 26—30, dritte 19—24, Kälber erste 21—25, zweite 15—19, dritte 7,5 bis 12, Kälber erste 43—45, zweite 39—42, dritte 32 bis 37, Schweine erste 70—74, zweite 64—68, dritte 56—62, Schafe (geschl.) 32—44, Hammel 50—52. Verkauf des Marktes: mäßig belebt; alles verkauft.

Notteul, 16. Jan. Dem Vieh- und Pferdemarkt waren zugeführt: 49 Pferde, 15 Farnen, 69 Ochsen, 79 Kälber, 163 Rinder. Bezahlt wurde für Farnen 600—750, für fette Ochsen 430—500 M. per Stück, für Ansehlinge 450—600 M. pro Paar, Kälber (trächtig) 350—500 M., Durstkühe 100—200 M., Kolbinnen 300—500 M., Jungvieh 80—150 M. Bei Pferden wurden keine Käufer festgestellt. Handel nicht besonders lebhaft. — Dem Schweinemarkt wurden 185 Mischschweine zugeführt. Preis pro Paar 20—35 M.

Amst. Berliner Produktnotierungen vom 17. Jan. (In G.M.): Weizen, märk. 162—164, matt; Roggen, märk. 146—149, mecklenburg. 143—145, pomm. 145 bis 145, westpr. 143—144; Sommergerste, märk. 168 bis 175, fest; Haber, märk. 117—120, pomm. 105 bis 112, matt, westpr. 105—108; Weizenmehl 25,5—28, rege; Roggenmehl 23,5—26; Weizenkleie 8,20, fest; Roggenkleie 7,40; Raps 280, stetig; Viktoriaerbsen 39 bis 41; K. Speiseerbsen 21—24; Futtererbsen 17—17; Pelusier 14—15; Ackerbohnen 13—15; W. 17 bis 19; Lupinen, blaue 15—16, gelbe 17—19.

Mannheimer Produktmarkt, 17. Jan. Preis pro 100 Kilo bahrfrei Mannheim: Weizen 20—22,25, Roggen 16,5—17,75, Gerste 19—20, Haber 14,5—16, Weizenmehl Speis. 0 31 R.M.

Mannheim, 17. Jan. Auf dem Kleinviehmarkt wurden folgende Preise in G.M. erzielt: Kälber 38 bis 50, Schweine 66—75 je für 1 Zentner, Ferkel und Käufer pro Stück 7—24.

Stuttgarter Börse, 17. Jan. Eine freundlichere Stimmung bei gebesserten Kursen griff am Donnerstag Raum. Bankaktien noch schwach; Hypothekendarf 2,2 (2,3), Vereinsbank um bei 4, Spinnereien durchwegs gefragt; Erlangen 12,5 (11), Unterhauhen 60 (50), Kofel und Schüle 19 (16,5), Rottern 45 (42), Frauereaktien

wieder gut behauptet: Weinhaus Nabensdorf 8 (2,2), Württ. Hohenzollern 15 (13,5), Wulle unv. bei 6,5. Heute konnte auch der Maschinen- und Metallmarkt nicht unwesentliche Besserungen aufweisen: Daimler 4 (3,5), Feinmechanik Tuttlingen 37 (33,5), Hansa Metall 3,75 (3,5), Jungheins 10,6 (9,25), Ehlinger Maschinen 9 (8), Deffer 4,5 (4,1), Redarfuhler 5,8 (5,75), Württ. Metallwarenfabrik 44 (47). Auch der Nahrungsmittelmarkt zeigte eine kleine Besserung: Kaiser Otto 3,5 (3,2), Ruor 6 (5,75), Krumm 3,4 (3), Konferven Leibbrand 2,3 (2,1), Stuttgarter Bäckermühle 3,25 (3,0), Stuttgarter Zucker dagegen 6,4 (6,5). Von den übrigen Werten notierten: Bad. Anilin 22,75 (21,5), Belfer 1,3 (1), Zement Heidelberg 15 (12,75), Kommtag 1,9 (1,5), Germania Linoleum 15,5 (15,75), Knopffabrik Schorndorf 5,5 (5,25), Redarwerke Ehlingen 3,7 (3,0), Stuttgarter Straßenbahnen 5,5 (5,1), Stuttgarter Vereinsdruckerei 1,1 (0,8), Union Deutsche Verlag 7 (6,5), Weag 7,5 (6,5), Biegewerke Ludwigsburg 11 (10,5). — Der Freiverkehrmarkt war bei einigermaßen gebesserten Kursen lebhafter.

Letzte Nachrichten.

Eintrag auf Neuwahlen.

WTB. Berlin, 18. Jan. Die Deutschnationale Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf den Reichspräsidenten dahin einzuwirken, daß dieser die Neuwahlen alsbald anberaume und dementsprechend den Reichstag auflöse. — In der dem Antrag beigegebenen Begründung heißt es u. a.: Mit dem 15. Februar läuft das vom Reichstag beschlossene Ermächtigungsgesetz ab. Nachdem der Reichstag sich einmal aufgelöst hat, hat er es selbst unmöglich gemacht, seine Aufgaben in der erforderlichen Weise weiter zu erledigen.

„Der Hakenmann“.

WTB. Dresden, 18. Jan. Bei der Erkaufführung von Ernst Hokers Tragödie „Der Hakenmann“ kam es im staat-

lichen Schauspielhaus zu einem großen Theatersturm. Schon in der 1. Szene, nach Paul Greghahns Bekanntnis, er sei ein Waise, rief ein Teil der Zuschauerschaft Schlägen, ein anderer flochte lebhaft. Der Sturm dauerte während der ganzen Aufführung an. Mitten im 2. Akt wurden das Deutschlandbild und die Wache am Rhein gesungen. In der Pause bildeten sich erregte Gruppen unter heftigen Diskussionen. Die Schuwannenschaft entsetzte reihenweise Theaterbesucher aus dem Zuschauerraum. Der 3. Akt ging völlig im Lärm unter. Nach Schluß der Vorstellung schrien sich die Demonstrationen vor dem Theater fort, wo jedoch ein Schuwannenaufgebot die Ruhe bald wieder herstellte. Ein Berliner Bankier erlitt infolge der Aufrührung einen Schlaganfall, an dessen Folgen er sofort verschied.

Zum Hiltespitz.

WTB. München, 17. Jan. Nach einer Meldung der „Bayerischen Staatszeitung“ ist der Redakteur des „Börsen-Beobachters“, Solz-Cyrenl, unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet worden. Der auf der Festung Landsberg inhaftierte Fürst Wrede, Organisator des Hiltespitzen-Reiterkorps, ist aus der Schuwannenschaft entlassen worden.

Reichskanzler Marx reist nach Bayern.

WTB. Berlin, 17. Jan. Reichskanzler Dr. Marx ist heute von Berlin abgereist, um sich in Mitteldeutschland mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Raabing zu treffen. Die Begegnung, die einem von beiden Seiten geäußerten Wunsche entspricht, ist umso bedeutungsvoller, als sich die beiden Minister noch nicht kennen.

Das separatistische Gekrabel.

WTB. Reichstag, 17. Jan. In dem Städtischen Malchammer wurde die Republikäre Bewegung für die separatistische Regierung vor Kurzem dadurch erzwungen, daß eine 6 wafferte Bande das Rathaus umstellte und zunächst eine Schießerei begann. Bewaffnete Bayern in den Schanzsack ein und erzwangen in Gegenwart einiger Gemeinderatsmitglieder von

dem Bürgermeister unter Drohungen mit der Pistole die Unterschrift. Führer dieser Bande war ein 21jähriger separatistischer Truppenführer namens Karl Scheel aus Malchammer, ein verdochter Barocke, der von seiner achtbaren Familie wegen verschiedener Fehltreue nach Amerika beiseite worden war, von dort aber wieder auf dem Schubwege nach Deutschland gelangte.

Frankreichs unparteiliche Haltung in der Pfalz.

WTB. Kaiserlautern, 17. Jan. Hier war die gesamte Bevölkerung in Erwartung des britischen Generalkonsuls auf den Weinen, um ihn als Reiter aus schwarzer Rot, die durch den separatistischen Terror und die Haltung des Befehlshabers, beider aber die ganze Pfalz erschrocken ist, zu beschützen. Die französische Gendarmerie schritt gegen die Missetaten ein und schlug auf sie los. Zwei Personen sind dabei erheblich verletzt worden.

Amerika und die französischen Kriegsschulden.

WTB. Washington, 18. Jan. In Senat sprach gestern Vorah über die französischen Kriegsschulden an Amerika und sagte, Frankreich sei nicht bereit, mit Amerika eine Regelung zu treffen, habe aber trotzdem an europäische Regierungen große Anleihen bewilligt. Frankreich sei die größte militärische Macht, die Europa jemals gekannt habe. Die amerikanischen Stimmgeber müßten aber jedenfalls die dazu nötigen Kosten aufbringen. Er glaube nicht, daß Italien und Frank reich ihre Schulden an Amerika abzulegen wollten, aber es sei klar, daß die Regierungen dieser Länder ihren Bürgern diese Auffassung beizubringen suchten.

Die liberalen Engländer unterstützen den Rüstungsantrag der Arbeiterpartei.

WTB. London, 17. Jan. In Unterhaus hat W. Rathbone mitgeteilt, daß die Liberalen den Rüstungsantrag der Arbeiterpartei unterstützen werden. Die Niederlage der Regierung erscheint daher unabweislich.

Druck und Verlag der B. Reichschen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Daul.

Altensteig-Stadt.

Sämtliche noch im Umlauf befindliche

Gutscheine

der hiesigen Stadtgemeinde werden hiemit zur Einlösung auf 31. Januar d. J.

aufgerufen.

Einlösungsstellen sind: Stadtpflege, Städt. Sparkasse und Gewerbebank.

Stadtschultheißenamt: Weller.

Mineral-Oel

für die verschiedensten Zwecke,

Consistentfett

Carbolineum, Teer usw.

empfiehlt bei billigsten Preisen

LorenzLuz jr.

ALTENSTEIG Telefon Nr. 46.

Landw. Bezirksverein Calw.

Früh eingetroffen ist:

Weizenfuttermehl | Kleie, Dalkuchen

Ferner ist auf Lager:

Rhenaniaphosphat | Kainit,
Kalifalz, | Koch- und Viehsalz.

Ausgabe Mittwoch und Samstag.
Fernsprecher 96. Die Geschäftsstelle.

Inserate

für die morgige Samstagnummer
bitten wir mögl. frühzeitig, größere
schon heute, aufzugeben.

Regold.

Löwen-Lichtspiele

Samstag Abend 8.15 Uhr,
Sonntag 2.30, 4.30 u. 8.15 Uhr.

Das Geheimnis auf dem Meeresgrunde

Abenteurerfilm
in 6 großen Akten.

Hauptdarsteller
Harry Piel.

Sowie Lustspiel.



Württemberg

Karlshöhe
Stuttgart
Konstanz

Vom Schwaben von Württemberg
Schwaben für Kappenbergers Mostsubstanzen

Kappenbergers Mostsubstanzen

als vorzügliche Qualitätsmarke
rühmlich bekannt.

In Dosen für 100 Liter Getränke
zu Goldmark 3.—

stets vorrätig bei

Frig Bühler jr.
Altensteig.

Männer-Gesangverein Ueberberg

Der Verein hält am Sonntag,
den 20. Januar, abends 7 Uhr
im Gasth. z. Hirsch in Giesebroun
seine

Weihnachtsfeier

verbunden mit Gesangs- u. theatralischen Darbietungen,
sowie Gabenverteilung ab, wozu freundlich einladet
der Ausschuss.

Altensteig.

Früh eingetroffen:



Neue norwegische Salz-
Heringe

1 St. 10 Pfg., 12 St. M. 1.-
neue holl. Boll-Heringe
Rogner u. Röhn. 1 St. 15 Pfg.

fste. Bismarck-Heringe
1 St. 20 Pfg., 141. Dof. M. 5.50

portug. Del-Sardinen
in Dosen 60 Pfg.

holländische Sardellen
geräucherter Büchlinge
1 Pfund 90 Pfg.

bei

Ehr. Burghard jr.

❖

Alle Druck- Arbeiten

liefern wir schnellstens
bei billiger Berechnung

**W. Rieker'sche
Buchhandlg.
Altensteig.**

❖

Sehr eine ältere 22 Wochen
trächtige



Kuh

dem Verkauf aus.
Wer? — sagt die Ge-
schäftsstelle d. Ztg.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwägermutter und Schwägerin

Regine Luz

Schw. der verstorbenen Frau
den 17. d. Mts. nachmittags 12 Uhr im Alter von
62 Jahren in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonntag Nachmittag 2 Uhr.

Bobachs Handarbeitsbücher:

1. Richelieustickerei
von Amalie Witte
2. Schiffchenarbeit
von Helene Mallin
3. Filetdurchzugarbeit
von Amalie Witte
4. Kunststricken
von Helene Mallin
5. Handweberei
von Knauer-Stieger-Bittel

Nur erprobte u. praktische Muster
vom einfachsten Webstuhl bis zur kunst-
vollen Bierarbeit.

Vorrätig in der

W. Rieker'schen Buchhandlg.